

Rechtsausschuß

Protokoll

33. Sitzung (nicht öffentlich)

8. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 17.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Siehe Diskussionsprotokoll.

1 Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5202

Vorlagen 11/2086, 11/2267 und 11/2346
Zuschriften 11/2417, 11/2456, 11/2524, 11/2552, 11/2554, 11/2555,
11/2556, 11/2557, 11/2566, 11/2575, 11/2577, 11/2578, 22/2582,
11/2589, 11/2596, 22/2606
Information 11/449

unter Einbeziehung einer Elften Verordnung zur Änderung der Juristenausbildungsordnung

Vorlage 11/2023

1

Zunächst trägt Justizminister Dr. Krumsiek zu den von der F.D.P.-Fraktion mit Schreiben vom 4. August dieses Jahres an ihn gerichteten Fragen vor (s. Anlage 1).

Es erfolgt dann die Abstimmung über die Anträge der Fraktionen zum Juristenausbildungsgesetz und zur Juristenausbildungsordnung. (Die Anträge der Fraktionen sind diesem Protokoll als Anlagen 2 bis 4 beigefügt. Die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind dem Diskussionsteil dieses Protokolls zu entnehmen.)

2 Gefangenenbefreiungen in Gerichtssälen, Gerichtsgebäuden und auf den Wegen zwischen Haftanstalten und Gerichten

13

Zunächst berichtet Justizminister Dr. Krumsiek über Vorkommnisse im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren aus jüngster Vergangenheit und die von ihm diesbezüglich geführten Gespräche und erteilten Anweisungen.

In der Diskussion aufgegriffen wird dann die Frage eines Sicherheitskonzeptes und das Maß der aus Artikel 97 Grundgesetz fließenden richterlichen Unabhängigkeit.

3 Täter-Opfer-Ausgleich

Vorlage 11/2337

18

In der sich einem kurzen Vortrag von seiten des Justizministeriums anschließenden Diskussion wird von der CDU-Fraktion die Ausdehnung des Täter-Opfer-Ausgleichs ohne Vorliegen einer wissenschaftlichen Bewertung kritisiert. Ferner spricht sich ein Vertreter der CDU-Fraktion für die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs im Jugendbereich auch bei rassistisch motivierten Gewalttaten aus; dem schließt sich der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

4 Durchführung der Abschiebehafte in Nordrhein-Westfalen (s. Anlagen 5 und 6)

19

Im Mittelpunkt der sich an den Vortrag des Justizministers anschließenden Diskussion stehen die Themen "Einschaltung eines privaten Bewachungsunternehmens", "Unterbringung der Abschiebehäftlinge" und "Berufung eigener Beiräte für die Abschiebehafteanstalten".

5 Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer durchsetzen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5624

30

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN lehnt der Ausschuß die Nr. I des Antrages ab.

Mit dem gleichen Ergebnis lehnt der Ausschuß anschließend die Nr. II des Antrages ab.

6 Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung von rassistisch motivierten Straftaten

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5625

31

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, dem federführenden Ausschuß mitzuteilen, daß der Rechtsausschuß für den Bereich der Justiz keinen Handlungsbedarf im Sinne des Antrages sieht, erhebt sich kein Widerspruch.

7 Merkmal "Ausländer" aus Kriminalstatistik entfernen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5628

32

Der Vorsitzende faßt die Beratung folgendermaßen zusammen: Das Thema wird nach Vorliegen des Ergebnisses der entsprechenden

Diskussion in der Innenministerkonferenz wieder in die Tagesordnung aufgenommen.

8 Den Teufelskreis durchbrechen - Für eine neue Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/3799

33

Der Ausschuß verschiebt die Beratung bis zum Vorliegen eines Berichtes über eine diesbezügliche Fachbereisung.

9 Arbeit der Vollzugskommission des Rechtsausschusses und ihrer einzelnen Mitglieder (s. Anlagen 7 und 8)

33

Im Anschluß an eine Schilderung der Vorsitzenden der Vollzugskommission, der Abgeordneten Morawietz (SPD), und einer Stellungnahme dazu des Abgeordneten Appel (GRÜNE) entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zwischen Abgeordnetem Appel und den anderen Fraktionen.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a)

gratuliert der **Vorsitzende** namens des gesamten Ausschusses Herrn Abgeordneten Dr. Klose von der Fraktion der CDU zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes;

b)

bittet Abgeordneter Dr. Klose (CDU) den Justizminister, für die nächste Sitzung eine Stellungnahme zu einem Artikel in der "Bild-Zeitung" unter der Überschrift "Millionengeschäfte, Ausbrüche, Geiselnahme, Funktelefone in der Zelle - Tatort Gefängnis" vorzubereiten.

1 Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5202

Vorlagen 11/2086, 11/2267 und 11/2346

Zuschriften 11/2417, 11/2456, 11/2524, 11/2552, 11/2554, 11/2555, 11/2556,
11/2557, 11/2566, 11/2575, 11/2577, 11/2578, 22/2582, 11/2589, 11/2596,
22/2606

Information 11/449

**unter Einbeziehung einer Elften Verordnung zur Änderung der Juristen-
ausbildungsordnung**

Vorlage 11/2023

Zunächst trägt **Justizminister Dr. Krumsiek** zu den von der F.D.P.-Fraktion mit Schreiben vom 4. August dieses Jahres an ihn gerichteten Fragen vor (s. Anlage 1).